

Anne Ratzki
annrat@aol.com

Gesamtschule – Gemeinschaftsschule: Aktuelle bildungspolitische Herausforderungen

(Vortrag auf der Auftaktveranstaltung zur Kampagne neue Gesamtschulen für Köln 26.3.2011)

Unser Bildungssystem steht vor großen Herausforderungen. In diesem Einführungreferat möchte ich einen Überblick geben über aktuelle Entwicklungen und danach fragen, welchen Beitrag Gesamtschule und Gemeinschaftsschule leisten können, um die Probleme zu lösen.

Ich halte es für die größte Herausforderung, unser Bildungssystem der Demokratie anzupassen. Seit 1949, seit das Grundgesetz gilt, hat Deutschland eine demokratische Staatsform. Doch das Bildungssystem verharrt in ständischen Strukturen. Im 19. Jahrhundert entwickelten sich die Schulformen Gymnasium für die Söhne der Beamten und des Adels und die Volksschule für das niedere Volk. Anfang des 20. Jahrhunderts kam die Mittelschule als Schule des erstarkten Bürgertums dazu. Diese drei Schulformen existieren weiter und werden als angeblich begabungsgerechte Schulen vehement verteidigt. Die Erosion der Hauptschule allerdings führt inzwischen auch bei konservativen Parteien zum Nachdenken.

Ich werde am Anfang meines Referats deutlich machen, wie dieses Schulsystem durch seine Auslese die Gesellschaft spaltet und den Aufstieg für Kinder aus sozial benachteiligten Schichten und für Migrantenkinder erschwert. Die meisten dieser Daten werden Ihnen bekannt sein, denn die Folgen der Auslese sind gründlich erforscht und immer wieder publiziert.

Es ist nicht zu leugnen, dass in fast allen Bundesländern die Bildungssysteme in Bewegung gekommen sind. Ich werde danach fragen, was sich wirklich geändert hat und was lediglich Scheinlösungen sind, die eine Bewegung vortäuschen. Wie ist in diesem Zusammenhang die Gemeinschaftsschule zu beurteilen?

In Deutschland neigen wir dazu, den Blick zu sehr nach innen zu richten – ich erinnere nur an die deutschen PISA-Zusatzuntersuchungen, bei denen plötzlich Bayern und Baden-Württemberg auf dem Siegereck standen, obwohl sie international höchst mittelmäßig abschnitten. Deshalb möchte ich anschließend den Blick über den deutschen Gartenzaun lenken und demokratische Bildungssysteme anderer Länder kurz darstellen.

Aber auch in Deutschland gibt es Lösungsansätze, die in die richtige Richtung weisen. Sie möchte ich abschließend benennen und daraus Forderungen an die Bildungspolitik ableiten. Hier werde ich auch ausführlich auf die Gesamtschule eingehen.

1. Auslese – das typische Merkmal des deutschen Bildungssystems

Darüber werde ich im 1. Teil meines Vortrags sprechen.

Das deutsche Bildungswesen wird vor allem durch seine umfassenden Auslesemechanismen bestimmt. Bereits vor dem Eintritt in die Grundschule werden Kinder zurückgestellt, die als noch nicht schulreif gelten, werden Kinder durch Gutachten als förderschulbedürftig aussortiert. Selbst in der Grundschule gibt es Sitzenbleiben. Am Ende der Grundschule, so der Schulforscher Klaus-Jürgen Tillmann, besuchen nur noch 80% einer Altersgruppe die 4. Klasse.

In der Sekundarstufe wird Selektion zum Prinzip. Durch Empfehlungen der Grundschule werden die SchülerInnen zu Gymnasiasten, RealschülerInnen oder HauptschülerInnen. Die Förderschüler bleiben Förderschüler. In den jeweiligen Schulformen geht es weiter mit Sitzenbleiben, und Abschulen an Realschule und Gymnasium.

Tillmann kommt zu dem Ergebnis: „Fast 40% der deutschen Schülerinnen und Schüler machen zwischen der 1. und 10. Klasse mindestens einmal die Erfahrung, von ihrer Lerngruppe auf Grund angeblich mangelnder Fähigkeiten ausgeschlossen zu werden.“(Tillmann 2007, S.8)

Ich werde drei Gruppen vorstellen, die die Auslese vor allem trifft:

1.1 Behinderte

Behinderte trifft die Auslese besonders hart. In Europa gehen 85% der Behinderten in allgemeine Schulen, in Deutschland durchschnittlich nur 15 %, in NRW noch darunter, 13,9%. Hier besuchen 85% getrennte Förderschulen.

Die UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen fordert ein inklusives Schulwesen. Sie wurde von Deutschland unterzeichnet, aber noch nicht in Landesrecht NRW umgesetzt. Es gelten die bisherigen Gesetze, Erlasse und Verwaltungsvorschriften. Damit ist es weiterhin möglich, auch in NRW behinderte Kinder durch sofortige Vollziehung gegen den Willen der Eltern auf Förderschulen zu überweisen. Konkrete Fälle kenne ich aus Köln, wo Kinder mit Migrationshintergrund u.a. wegen fehlender Sprachkenntnisse mit sofortiger Vollziehung auf eine Förderschule Lernen gehen müssen. Die Gerichte bestätigen solche Entscheidungen des Schulamtes, weil sie der aktuellen Rechtslage entsprechen. Hier ist eine rechtliche Änderung dringend nötig.

1.2 Migranten

Die zweite Personengruppe, deren Lage ich vorstellen möchte, sind die Kinder mit Migrationshintergrund.

Ihre Benachteiligung ist ein besonderer Skandal. SchülerInnen mit Migrationshintergrund sind in den Hauptschulen und Sonderschulen überrepräsentiert und in Gymnasien unterrepräsentiert.

Hier sind die Zahlen nach der deutschen Schulstatistik:

- Fast 50% der Kinder aus Migrantenfamilien besuchen die Hauptschule, nur 9% das Gymnasium
- Bis zu 14% besuchen die Förderschule, doppelt so viele wie deutsche Kinder
- In der Grundschule bleiben Migrantenkinder 4 bis 5 mal so oft sitzen wie deutschen Kinder
- 13,4% der Jugendlichen aus Migrantenfamilien haben keinen Hauptschulabschluss, unter den deutschen Jugendlichen sind es 8,4% .
- 40% bleiben ohne weitere Berufsausbildung, mit steigender Tendenz (Kölner Stadtanzeiger vom 6./7.2.2010)

Bildung ist die Tür zur Integration. Unser Bildungssystem verweigert Kindern aus zugewanderten Familien den Schlüssel zu dieser Türe und verschwendet ihre Talente. Im Gegenzug werden Einwanderer als integrationsunwillig diskriminiert.

1.3 Kinderarmut

Die dritte Gruppe sind die armen Kinder. Die soziale Ungerechtigkeit unseres Bildungswesens trifft vor allem arme Kinder aus sozial benachteiligten Familien.

Nach einem Bericht der nationalen Armutskonferenz vom März 2010 sind in Deutschland etwa 8 Millionen Menschen auf staatliche Unterstützung angewiesen. Davon sind 2,5 Millionen Kinder, die in Armut leben. Diese Kinder besuchen in ihrer überwiegenden Zahl Hauptschulen und Förderschulen.

Bereits 1996 machte die Hamburger Studie zur Lernausgangslage im 5. Schuljahr auf den engen Zusammenhang zwischen dem Bildungsstand des Elternhauses und der Grundschulempfehlung für eine weiterführende Schule aufmerksam. Kinder aus sozial benachteiligten Elternhäusern mussten um 30% bessere Leistungen bringen als Akademikerkinder, um eine Empfehlung für das Gymnasium zu erhalten.

Die Chancen eines Arbeiterkindes, auf das Gymnasium zu wechseln, sind in Deutschland bis zu 6,6 mal schlechter – in BW - als die Chancen eines Akademikerkindes. In Bayern beträgt die Relation 6,0, in NRW 2, 6, auch hier viel zu hoch.

Die Trennung nach Schulformen war und ist vor allem eine soziale Trennung, die sich auf die Leistungen negativ auswirkt.

Auch PISA 2009 wiederholt die Befunde aller vorangegangenen Untersuchungen: Nirgendwo ist der Unterschied zwischen den Besten und Schwächsten so groß wie in Deutschland. Immer noch lesen 18,5% der 15-jährigen SchülerInnen auf Grundschulniveau, sie können nicht einmal eine Zeitung verstehen. Über 80 000 Jugendliche bleiben jedes Jahr ohne Schulabschluss – ihre Be-

rufschancen sind gleich Null und ihr Weg in Arbeitslosigkeit und Abhängigkeit von sozialen Leistungen ist vorgezeichnet.

Auch der deutsche PISA-Bericht benennt dieses Mal die Ursache: Die frühe Aufteilung der Schülerinnen in unterschiedlich leistungsfähige Schulformen. Bei früheren PISA-Berichten stand das zwar in der internationalen englischen Fassung, wurde aber in der deutschen Übersetzung ausgelassen. Die Kultusminister konnten so immer betonen, ein Zusammenhang zwischen PISA Ergebnissen und Schulstruktur sei nicht nachgewiesen.

Deutsche und internationale Untersuchungen ergeben ein bedrückendes Fazit: Deutschland schließt durch sein gegliedertes auslesendes Schulsystem einen großen Teil seiner Kinder von besseren Bildungschancen aus, vor allem Behinderte, Migrantenkinder und Kinder aus sozial benachteiligten Elternhäusern. Dieses Bildungssystem ist zutiefst undemokratisch und unsozial.

Die zentralen Probleme des deutschen Schulwesens möchte ich in folgenden 5 Punkten zusammenfassen:

- Ungerechtigkeit
 - Bildungschancen hängen extrem von der sozialen Herkunft ab
 - Die Benachteiligung der Migrantenkinder
 - Die Aussonderung der behinderten Kinder auf Sonderschulen
- Ineffizienz
 - Die zu hohe Zahl der Schulabbrecher und Risikoschüler
 - Die zu geringe Zahl der Akademiker. Sie liegt weit unter dem OECD-Durchschnitt. Nur etwa 34% eines Jahrgangs erwerben hier mit dem Abitur die Studienberechtigung, gegenüber 56% im OECD Durchschnitt und über 70% in den nordischen Ländern.

Die Bundesregierung versucht mit einem Bildungspaket und Bildungsgutscheinen gegenzusteuern. Familien geben insgesamt bis zu 1,5 Milliarden € pro Jahr für Nachhilfe aus (Untersuchung Bertelsmann 2010). Kinder aus sozial schwachen Verhältnissen können sich Nachhilfe nicht leisten. Das soll sich durch Bildungsgutscheine ändern. Doch individuelle Förderung gehört in die Schule und nicht in kommerzielle Institute. Wenn dieses Geld - und mehr - in die Infrastruktur des öffentlichen Bildungswesens statt in die Privatisierung von Bildung investiert würde, in Ganztagschulen, Freies Mittagessen, Personal für Förderung, dann käme es allen Kindern und in viel effizienterer Weise auch den armen Kindern zugute.

Dies ist keine vollständige Aufzählung. Ich habe mich im Wesentlichen auf die Probleme in der Sekundarstufe konzentriert. Weitere Defizite sind z.B. die zu geringe Zahl der Plätze in Kindergärten und für unter Dreijährige und die unzureichende frühkindliche Bildung, die Überfüllung und die Arbeitsbedin-

gungen an den Hochschulen und in der Weiterbildung, um nur einige weitere Baustellen zu nennen.

In Sonntagsreden werden manche dieser Defizite auch beklagt und Lösungen gesucht. Die Situation ist inzwischen dringend geworden, ich erinnere nur an die Hauptschule, die in der Bevölkerung nicht mehr angenommen wird – in Köln wünschten 2010 noch 1% der Eltern für ihr Kind die Hauptschule – und die Verpflichtung zur Inklusion.

2. Es ist Bewegung in die Bildungspolitik gekommen – nur: Bewegung wohin?

Ich möchte nun auf einige vermeintliche Lösungen eingehen, die ich als Scheinlösungen bezeichne.

2.1 Scheinlösung: Die 6-jährige Primarschule

Die 6-jährige Grundschule wurde lange von den Grünen befürwortet. Ich habe nie wirklich verstanden, worin der Vorzug liegen sollte. Die SchülerInnen bleiben zwar zwei weitere Jahre zusammen, das ist sicher positiv, aber am Ende dieser zwei Jahre steht die Auslese für das gegliederte Schulsystem. Oft wurde die 6-jährige Grundschule damit begründet, dass dann die Zuweisungen zu den drei Schulformen zuverlässiger wären.

In Berlin gibt es seit 1945 die 6-jährige Grundschule, aber weiterhin Sitzenbleiben und Abschulen in den Klassen 8 bis 10. Mir liegen keine Untersuchungen über positive Effekte vor, ob die 6-jährige Grundschule die Auslese „gerechter“ gestaltet.

Die 6-jährige Grundschule hebt die Auslese nicht auf, sie schiebt sie zwei Jahre hinaus – in die Pubertät – und schafft eine Scheingerechtigkeit für eine genauere Auslese.

Nach dem Volksentscheid in Hamburg ist die 6-jährige Grundschule zur Zeit nicht mehr im Gespräch.

2.2 Scheinlösung Zweigliedrigkeit

Als Ausweg aus der Problemsituation favorisieren viele Länder eine Zweigliedrigkeit mit Gymnasium und einer irgendwie gearteten Zweitschule.

Es sind zwei Gründe:

- Mit dem Erhalt des Gymnasiums in der Zweigliedrigkeit geht man der Auseinandersetzung mit der Gymnasialklientel aus dem Weg. „Schluss mit dem Streit“ heißt die Devise.
- Die Zweigliedrigkeit scheint eine Lösung für die notleidende Hauptschule zu bieten, indem man die Hauptschule mit der Realschule und ggf. mit der Gesamtschule zusammenlegt. Diese „Zweitschule“ ist auf jeden Fall

heterogener und damit leistungsfähiger als die Hauptschule in einem mehrgliedrigem System.

Wo liegen die Probleme?

Die Grundschulen müssen weiter die Kinder vorsortieren. Die Gymnasien wählen sich weiter die Schülerinnen aus, während die Zweitschulen alle nehmen müssen, die das Gymnasium nicht will und alle, die das Gymnasium wieder abschult. Das Gymnasium kann sich weiter vor den Herausforderungen unserer Gesellschaft drücken. Arme Kinder, SchülerInnen mit Migrationshintergrund, Kinder mit Förderbedarf werden die Zweitschulen besuchen. Der Anspruch ist jedoch in vielen Ländern, dass diese Zweitschulen die gleichen Leistungen bringen sollen wie das Gymnasium. Sie erhalten eine Oberstufe mit Abiturberechtigung. Das ist grundsätzlich positiv. Doch die Gefahr besteht, dass die Zweitschulen durch die Häufung von Schülern mit Lernproblemen von Eltern gemieden werden und das Schicksal der Hauptschulen erleiden.

Österreich, das seit langem ein zweigliedriges Schulsystem hat, steht gerade vor diesem Problem, dass die Zweitschule nicht mehr angenommen wird. Ähnliches wird aus den östlichen Bundesländern in Deutschland berichtet, die ja schon länger eine Zweigliedrigkeit in der Mittelstufe haben.

Die Zweigliedrigkeit hebt die Auslese nicht auf, sondern teilt die Gesellschaft noch stärker als heute in Gymnasiasten und Nicht-Gymnasiasten. Das hat mit Demokratie nichts mehr zu tun.

2.3 Gemeinschaftsschule

Ich möchte an dieser Stelle auf die Gemeinschaftsschule eingehen. Sie muss ich allerdings etwas differenzierter betrachten. Ist sie wirklich eine Scheinlösung oder doch ein Weg zu einer Schule für alle?

Der Begriff der Gemeinschaftsschule bedeutet in jedem Bundesland etwas Anderes.

- In Schleswig-Holstein ist die Gemeinschaftsschule die Sparversion der Gesamtschule. Per Gesetz mussten unter einer großen Koalition alle Gesamtschulen, die dort sehr gut angenommen wurden, ab 1.9. 2010 zu Gemeinschaftsschulen werden, mit erheblich schlechteren Förderressourcen, mehr Stunden und geringerer Entlohnung für Lehrkräfte. Gymnasien und Realschulen gibt es weiter. Unter der jetzigen CDU-FDP-Regierung dürfen Gemeinschaftsschulen ihre Schülerinnen künftig nach Leistung trennen – also die alten Schulformen innerhalb der Schule wieder einrichten. Oberstufengründungen werden erschwert.

- In Sachsen war die Gemeinschaftsschule in der großen Koalition als Schulversuch zugelassen. Die Schulen, die sich auf den Weg machten, erhielten schwierigste Bedingungen. Ich habe für eine Schule ein Gutachten geschrieben – sie hatten bis 24 Termine beim KM, erhielten immer wieder neue Auf-

lagen, vor allem desintegrierende. In der neuen Regierung von CDU-FDP laufen die Gemeinschaftsschulen schon wieder aus.

- In Berlin waren 2008 mit großen Erwartungen Gemeinschaftsschulen gestartet, die von der 1. bis zur 10 oder sogar 13. Klasse dauern konnten und auf jede Form innerer Auslese verzichten sollten. Sie haben nur den Status eines Pilotprojekts, während Berlin offiziell seine Schulen in ein zweigliedriges System mit Gymnasien und Oberschulen umbaut.

- Im Saarland haben die Linken durch ihre Zustimmung eine Verfassungsänderung ermöglicht, die von der Regierungsparteien CDU, FDP und den Grünen betrieben wurde. Dabei werden Gesamtschulen mit Realschulen und Hauptschulen zu Gemeinschaftsschulen zusammengelegt. Gymnasien bleiben unverändert. In der Verfassung wurde verankert, dass es nur noch Gymnasium und Gemeinschaftsschulen gibt. Die CDU triumphierte in einer Presse-Erklärung: „Alle unsere Ziele wurden erreicht!“ Damit ist gemeint, dass das Gymnasium unverändert bestehen bleibt und die erfolgreiche Gesamtschule verschwindet.

- In NRW meint Gemeinschaftsschule die von der jetzigen Landesregierung propagierte Schule auf Antrag der Gemeinden, die gemeinsamen Unterricht in 5/6 anbietet und ab 7. Klasse integriert oder in Schulformen getrennt weiter arbeiten kann.

Die SPD konzipierte diese neue gesamtschulähnliche Schulform, obwohl in NRW die Gesamtschulen sehr populär und nicht mehr umstritten sind, nicht einmal bei der CDU. Es gab 2010 222 Gesamtschulen, trotzdem fanden in den letzten Jahren fast 15 000 Kinder keinen Platz. Über 40 Eltern-Initiativen hatten den Antrag auf eine Gesamtschule gestellt. In NRW wäre es vernünftig gewesen, die Gesamtschule weiter auszubauen, statt eine neue Schulform als Versuch zu etablieren.

Mit der Gemeinschaftsschule entsteht nun eine weitere Schulform, ohne den Anspruch, ersetzende Schulform zu sein. Sie muss sogar peinlich darauf achten, dass keine umliegende Schule in ihrem Bestand gefährdet wird. So konnte in Köln das Montessorigymnasium die Gemeinschaftsschule Rochusstraße verhindern. In der Eifel klagt ein Ordensgymnasium der Prämonstratenser gegen die Gemeinschaftsschule in Nettersheim.

Die Gemeinschaftsschule in NRW hat Versuchsstatus, sie ersetzt weitgehend Hauptschulen, die nicht mehr lebensfähig sind. Durch bessere Startbedingungen und kleinere Schuleinheiten – 3 Klassen zu je 23 Schülern – lockt die Landesregierung die Kommunen, lieber eine Gemeinschaftsschule statt einer Gesamtschule zu beantragen, die passt eher in das alte Hauptschulgebäude. Doch dann bekommt die Schule keine Oberstufe. Viele Eltern werden ihre Kinder dann lieber ins nächste Gymnasium fahren lassen. Es gibt allerdings auch Gemeinschaftsschulen mit 6 und 7 Zügen, die eine Oberstufe erhalten werden. Und in kleinen Gemeinden, die eine Schule am Ort erhalten wollen, kann eine Gemeinschaftsschule durchaus sinnvoll sein.

Fazit

Gemeinschaftsschulen sind sehr fragile, wenig abgesicherte Gebilde mit unklarem Status und unklarer Zielsetzung. Nirgendwo sind sie bisher über die ersten Anfänge hinausgekommen. Sie haben keine feste Form und können verändert oder wieder eingestellt werden, je nach politischem Gutdünken. Überall sind sie eine zusätzliche Schulform, z.T. mit Versuchstatus.

Bei allen Zweigliedrigkeitsmodellen und Gemeinschaftsschul-Modellen bleibt das Gymnasium im Wesentlichen unangetastet. Doch die undemokratische Spaltung der Schullandschaft und der Gesellschaft wird nicht aufzuheben sein, solange das Gymnasium unverändert als auslesende Schule weiter existiert.

3. Internationale Aspekte

Ein Blick über den Zaun macht deutlich, wie inklusive Bildungssysteme aussehen können und was sie leisten können. Die Förderung von Kindern ist eingebettet in ein System, das jedes Kind als Lernenden achtet und dafür sorgt, dass jedes Kind bekommt, was es braucht.

Für die folgenden Vergleiche beziehe ich mich auf Finnland, Schweden, Norwegen, Südtirol und Kanada.

3.1 Finnland, Schweden, Norwegen, Südtirol und Kanada beginnen schon in Kindergarten und Vorschule mit individueller Lernförderung und systematischer Sprachförderung. Kinder können ab 6 Monaten in die Krippe gebracht werden, die Öffnungszeiten sind dem Arbeitsleben der Eltern angepasst. Alle 5 Länder investieren viel Personal in die Vorschule, wie dort der Kindergarten heißt, und achten auf kleine Lerngruppen.

Förderung und Integration von Geburt an kann man besonders gut in Finnland sehen. Dort gehen schwangere Frauen zu „Neuvola“ (Beratungsstelle) und werden vor der Geburt betreut. Sie erhalten kurz vor der Geburt ein Willkommensgeschenk des Staates: Eine Kiste mit einer Babyausstattung für zwei Jahre. Die Kiste kann als Kinderbett verwendet werden. Nach der Geburt finden Elternseminare zu Entwicklungsfragen und Förderung statt. Wenn Kinder irgendwelche Entwicklungsstörungen haben, werden sie zu Ärzten oder Therapeuten vermittelt. Viel geschieht, bevor Kinder überhaupt zur Schule kommen.

3.2 Alle Schulsysteme geben den Kindern eine lange Zeit – bis zu 13 Jahre – des gemeinsamen Lernens, in der Nachteile durch die soziale oder ethnische Herkunft ausgeglichen werden können. Sie erlauben den Kindern, voneinander zu lernen. Die Leistungen aller Schüler liegen eng zusammen. Norwegen und Südtirol sind bei der Inklusion Behinderter am weitesten. Es gibt keine Sonderschulen mehr. Finnland und Kanada stehen regelmäßig an der Leistungsspitze.

3.3 LehrerInnen sind sehr gut für den Unterricht in heterogenen Schülergruppen ausgebildet. Ihr Studium umfasst meist auch ein Semester Sonderpädagogik. Es gibt keine andere Schule, wohin ein Kind abgegeben werden könnte. Es gibt kein Sitzenbleiben und keine Nachhilfe, nicht einmal Fachleistungskurse. Die Lehrpersonen übernehmen Verantwortung für das Lernen aller Kinder.

3.4 Förderung ist Aufgabe und integrierter Bestandteil jeder Schule, von der Vorschule bis zur Oberstufe. In jeder Schule arbeiten Förderteams, die flexibel und schnell reagieren können. Sie sind auch speziell auf die fachliche und sprachliche Förderung von Migranten ausgerichtet, was man besonders gut in Kanada sehen kann. In Kanada gibt es zwei Förderzentren in jeder Schule, eines für allgemeine und sonderpädagogische Förderung, eines zur Förderung der Migranten. Und das ist nicht nur die Sprache.

3.5 Noten setzen oft spät ein, in der 7. oder 8. Klasse (F., Swe, N.) und messen den Lernfortschritt (Südtirol). Abschlüsse vergeben keine Berechtigungen, Konkret: Alle Kinder gehen nach der Grundschule in die gemeinsame Mittelschule und nach dem Ende der Schulpflicht wählen sie berufliche oder allgemeine Oberstufen aus. Alle Länder haben eine hohe Zahl von Studienberechtigungen, über 70% gegenüber 34 % in Deutschland, 56% im OECD-Durchschnitt, und entsprechend vielen akademischen Abschlüssen.

3.6 Schulen sind sich der Aufgabe bewusst, auch inhaltlich über die eigenen Grenzen hinaus zu denken und die Kulturen der Einwanderer wertschätzend mit einzubeziehen. Das sieht man sehr gut in Schweden und Kanada. Migrantenkinder bleiben in ihrem Bildungserfolg nur wenig hinter den einheimischen Kindern zurück.

Nach einer Untersuchung von Prof. Bacher an der Universität Linz 2007 gelingt es in den Ländern mit eingliedrigen Gesamtschulsystemen bis zum 16. Lebensjahr signifikant besser als in allen früher differenzierenden Systemen, die soziale Selektivität zu reduzieren. Signifikant ist auch der Unterschied in der individuellen Förderung. Darin erweisen sich eingliedrige Systeme gegenüber den differenzierten ebenfalls als deutlich überlegen. Hier wird die größere Heterogenität positiv wirksam, die eine Individualisierung geradezu „erzwingt“ (ebd., 24). Darüber hinaus wird in Gesamtschulsystemen die Zahl der sog. Risikoschüler/innen reduziert und das Durchschnittsniveau im Lesen erhöht. Eine Leistungsnivellierung durch gemeinsames Lernen bis zum Ende der Schulpflichtzeit ist nicht feststellbar.

Schließen möchte ich diesen Abschnitt mit einem Zitat der finnischen PISA-Koordinatorin Pirjo Linnakylä: „Als die Lehrer kein Kind mehr wegschicken konnten, fingen sie an, sich um jedes einzelne Kind zu kümmern. Heute haben wir beides erreicht: Quality and Equality.“ Das Wortspiel kann man nicht übertragen, doch übersetzt heißt es soviel wie: Gute Leistungen und gesellschaftliche Gleichheit.

4. Deutsche Lösungsansätze

In Deutschland gibt es zwei demokratische Schulreformen, eine, die gelungen ist und eine, die steckengeblieben ist.

Da ist zunächst die **Grundschule**, die 1918 zu Beginn der Weimarer Republik gegen den Willen der damaligen Bildungsbürger von SPD und USPD durchgesetzt wurde.

Die Grundschulen sind im Prinzip Schulen für alle Kinder. Sie fördern ihre SchülerInnen in diesen vier Jahren so gut, dass ihre Leistungen im 4. Schuljahr noch eng beieinander liegen. In den Iglu-Untersuchungen schnitten die deutschen Grundschulen immer im oberen Leistungsdrittel ab. Doch die Auslese wirkt auch in die Grundschulen hinein – durch Sitzenbleiben, das Abschulen von Behinderten und durch den Zwang zu Schulformempfehlungen in der 4. Klasse. 2010 wehrten sich 450 Leiterinnen und Leiter von Grundschulen in NRW mit einem offenen Brief an die damalige Landesregierung dagegen, Kinder den weiterführenden Schulen zuweisen zu müssen.

Die Fortsetzung der demokratischen Schulreform einer Schule für alle Kinder ist die **Gesamtschule**. Georg Picht hatte 1964 in einer Streitschrift dem deutschen Bildungssystem Versagen vorgeworfen und die deutsche Bildungskatastrophe ausgerufen. In den anderen europäischen Ländern waren bereits gemeinsame Schulen für alle Kinder entstanden. Mit der Gründung von Gesamtschulen ab 1968 ging es darum, die Bildungschancen für Kinder zu verbessern und eine demokratische Schulreform einzuleiten. Die benachteiligten Gruppen waren damals die Arbeiterkinder, die Mädchen und die Landkinder. Die ersten dreißig Gesamtschulen wurden ab 1969 in allen damals 11 Bundesländern eingeführt – daher stammen auch die wenigen Gesamtschulen in Bayern und Baden-Württemberg.. Die Mädchen haben aufgeholt – die Koedukation, also die Veränderung der Mädchenschulen zu mehr Heterogenität, waren ihre große Chance. Aber die Benachteiligung der Arbeiterkinder gilt heute weiter – dank dem gegliederten Schulsystem und der versäumten demokratischen Schulreform.

Was war geschehen?

Obwohl die CDU dem Schulversuch Gesamtschule zuerst zugestimmt hatte und die FDP die Gesamtschule sogar als „Offene Schule“ in ihr Parteiprogramm aufgenommen hatte, gaben diese beiden Parteien die Unterstützung dieser Schulform wieder auf und bekämpften sie vehement, als mit der demokratischen Forderung nach Chancengleichheit die Bildungsprivilegien ihrer Stammwählerschaft in Gefahr gerieten.

Hier sehe ich auch den entscheidenden Unterschied zwischen der integrierten Gesamtschule und der Gemeinschaftsschule. Auch wenn der bildungspolitische Streit den Ausbau der Gesamtschulen zur gemeinsamen Schule für alle behindert hat, in verschiedenen Ländern unterschiedlich, so bleibt sie doch der Prototyp einer demokratischen Schule für alle.

Die Gesamtschule dauert als gemeinsame Schule grundsätzlich bis zum Ende der Pflichtschulzeit, vergibt alle Abschlüsse und eröffnet den Zugang zur

gymnasialen Oberstufe wie zur Berufsausbildung. Sie nimmt alle SchülerInnen auf und hält alle Bildungswege offen. Sie verfügt heute über eine 40jährige Erfahrung im Umgang mit heterogenen Schülergruppen und begegnet dem Gymnasium auf Augenhöhe. Seit 25 Jahren gibt es auch Erfahrungen mit Integrativen Lerngruppen.

Am Beispiel von NRW will ich zeigen, was durch die Gesamtschule erreicht werden kann.

In NRW wurden 2009 die Schulformempfehlungen und die Herkunft der Abiturienten an Gesamtschulen überprüft. Die Gesamtschüler nehmen wie die Gymnasiasten am Zentralabitur teil. 70,5 % der AbiturientInnen hatten keine Schulformempfehlung Gymnasium, sondern sollten auf Realschulen oder Hauptschulen gehen. 34,7% der Abiturienten hatten einen Migrationshintergrund. An den Gymnasien waren es nur 5%. Durch das gemeinsame Lernen in heterogenen Gruppen erhielten auch Kinder eine Chance, die sie im gegliederten System nie bekommen hätten.

Die aktuellen Anmeldezahlen von 2011 belegen erneut den riesigen Bedarf an weiteren Gesamtschulen. Trotz der beiden Gemeinschaftsschulen wurden an den neun Kölner Gesamtschulen 600 Kinder mehr angemeldet, als Plätze vorhanden sind. Der Ausbau weiterer 4 bis 5 Gesamtschulen nach Elternwillen ist ein klarer Auftrag an die Stadt.

Köln liegt im Trend. In diesem Jahr haben in NRW 43 460 Eltern ihre Kinder an die 231 Gesamtschulen und 14 Gemeinschaftsschulen in NRW angemeldet. Das sind etwa 25 % aller Viertklässler. 11 080 dieser Kinder, ein Viertel aller Angemeldeten, können wegen fehlender Plätze nicht an einer integrierten Schule aufgenommen werden und müssen auf Schulen des gegliederten Systems gehen. Die Zahlen wären noch höher, wenn in allen Städten und Gemeinden Gesamtschulen angeboten würden.

5. Forderungen an die Bildungspolitik

Aus den Herausforderungen, vor denen die Bildung heute steht, aus der Forderung nach dem Ausbau integrierter und inklusiver Schulen ergeben sich Forderungen an die Bildungspolitik:

- Die Selektion muss aus dem System genommen werden. Ich meine damit Gesetze und Erlasse, die Lehrkräfte dazu verpflichten oder es ihnen erlauben, Schülerinnen auszusortieren. Wenn wir heute von den Lehrern einen anderen Umgang mit Heterogenität verlangen, wird das vielfach durch Gesetze und Erlasse nicht gestützt. Umsteuern im Kopf verlangt auch Umsteuern in der Politik und Verwaltung. Damit meine ich z.B. die Aufhebung der Fachleistungsdifferenzierung, der Versetzungsbestimmungen, Abschulen, Zuweisung zu Schulformen, Zuweisung zu Behindertenkategorien.
- Die Lehrerausbildung muss sich statt auf Schulformen auf Schulstufen oder Kombinationen von Schulstufen beziehen. Umgang mit Heterogenität muss Teil des Studiums werden. Jeder zukünftige Lehrer studiert ein Seme-

ster Grundlagen der Sonderpädagogik. Auch in der zweiten Phase gehört Sonderpädagogik zur Ausbildung.

- Eine Fortbildung der Leitungsebene zu change management im Hinblick auf Integration und Inklusion ist erforderlich. Ich meine damit eine Fortbildung für Schulaufsicht, Schulverwaltung, Schulleitung etc. zum Umgang mit Heterogenität, Inklusion und längerem gemeinsamen Lernen (Beispiel Österreich, Michael Schratz). Damit sollen Blockaden auf verschiedenen Ebenen der Schulaufsicht und Schulverwaltung abgebaut werden.

- Eine systematische Fortbildung zum Umgang mit Heterogenität sollte für alle Lehrer verbindlich werden, über einen Zeitraum von zwei oder drei Jahren. Lehrerkooperation ist erforderlich – es geht nicht ohne Teamarbeit. Diese muss in der Lehrerarbeitszeit verankert werden.

- Zur Inklusion: Die Schulen müssen gesicherte personelle Standards für integrative Lerngruppen erhalten. Sonderschullehrkräfte müssen zum Kollegium gehören, keine Wanderlehrer. Die Rolle der Kompetenzzentren sollte überprüft werden: Es gibt Hinweise, dass sie Inklusion eher behindern als fördern, dass sie die Förderschulen erhalten wollen und Lehrkräfte nicht an allgemeine Schulen abgeben.

Für die Kollegien sollte vor Beginn der Inklusion die Kooperation mit einer erfahrenen GU-Schule organisiert werden und, wenn gewünscht, Fortbildung. Die UN-Konvention muss in Landesrecht umgesetzt werden. Die sofortige Vollziehung muss aus den VV gestrichen werden. Eine Überweisung auf Förderschulen gegen den Elternwillen darf es nicht mehr geben.

- Demographiegewinne sollten zur Förderung verwendet werden. In jeder Schule sollte es ein Förderzentrum geben, mit Lehrkräften, die besonders ausgebildet oder fortgebildet sind, mit Sozialpädagogen, vielleicht sogar Schulpsychologen, zumindest in Kooperation. Individuelle Förderung kann dann zeitnah und gezielt erfolgen, für Kinder mit Lernproblemen, mit psychischen Problemen, mit Sprachproblemen und mit Hochbegabungen. Finnland fördert immerhin 27% seiner SchülerInnen auf diese Weise schulintern, Kanada hat zwei Förderzentren in jeder Schule, eines davon speziell zur Förderung von Migranten. Für beide Länder ist die individuelle Förderung die Basis ihres Erfolg. Für alle Lehrkräfte bedeuten schulinterne Förderzentren eine große Entlastung und für alle SchülerInnen eine große Hilfe.

- Gesamtschulen und Gemeinschaftsschulen sind zügig auszubauen, damit allen Eltern ein Platz für ihre Kinder in einer Schule des längeren gemeinsamen Lernens garantiert werden kann. Vorrang für die Gründung von Gesamtschulen wo immer möglich, weil sie ein vollständiges Bildungsangebot vorgehalten und am ehesten geeignet sind, mit den Gymnasien in der Wahrnehmung der Bevölkerung gleichzuziehen – Ein Beispiel war die Wahl zwischen G9 (Gesamtschulen) oder G8 (Gymnasium) in den vergangenen zwei Jahren, als besonders viele gymnasialempfohlene Kinder an Gesamtschulen angemeldet wurden.

- Ein zügiger Ausbau des Ganztags mit guten Angeboten und einem gesunden Mittagessen, am besten kostenlos, als Basis für eine gesunde Schule, kommt vor allem Kindern aus armen Familien und aus anregungsarmen Milieus zugute.

Fazit:

Ein demokratisches Schulwesens trennt Kinder nicht, sondern unterrichtet sie gemeinsam in einer inklusiven Schule, um allen über lange Zeit die Chance zu geben, voneinander zu lernen und die gleichen anspruchsvollen Bildungsziele zu erreichen.

Ein demokratisches Schulwesen achtet die Individualität der Kinder und Jugendlichen durch individuelles Lernen und Fördern und stärkt die demokratische Gemeinschaft durch kooperatives und solidarisches Lernen.

Alle Aktivitäten der Schule müssen dem Ziel dienen, die Spaltung der Gesellschaft zu überwinden und verantwortungsvolle Bürger eines demokratischen Gemeinwesens zu erziehen.

Literatur

Lehmann, Rainer u.a.: Lernausgangsuntersuchung und Lernentwicklung. Hamburg, ab 1996

Schmidt, Wilhelm: Armut in Deutschland. In: „Armut in Deutschland - das geht alle an.“ Bonner Dialog. Friedrich Ebert-Stiftung 2011.

Tillmann, Klaus-Jürgen: Lehren und Lernen in heterogenen Schülergruppen. Forschungsstand und Perspektiven. In: Buchen, Herbert u.a.: Heterogenität und Schulentwicklung. Stuttgart, Raabe-Verlag 2007

Weitere Quellen:

OECD: Education at a glance (halbjährlich) (s. Internet)

PISA- International: 2000, 2003, 2006, 2009 (s. Internet)

Laufende Berichterstattung in den Gewerkschaftszeitungen der GEW: e&w und nds

Zeitungsmeldungen in der Zeit, Kölner Stadtanzeiger